Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 21. **Freitag** den 21. Januar 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Freitag, den 21. Januar a. c., Vormittags 10 Uhr sollen auf der Lindenauer Chaussee eine Anzahl starke Pappel-Reisighaufen an den Meistbietenden gegen sofortige Zahlung und Abfuhr öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 17. Januar 1881.

Des Raths Straßenbau-Deputation.

II. Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

Neu eintretende Schüler aus folgenden Straßen der Stadt:
Albertstraße, Alexanderstraße, Alter Amtshof, Arndtstraße, Bauhofstraße, Bayerische Straße, Bismarckstraße, Brandvorwerkstraße, Brandweg, Braustrasse, Brüderstraße, An der 1. Bürgerschule, Kleine Burggasse, Burgstraße, Canalstrasse, Carolinenstrasse, Centralstrasse, Colonnadenstrasse, Davidstrasse, Dösener Weg, Dorotheenstrasse, Elisenstrasse, Elsterstrasse, Emilienstrasse, Erdmannstrasse, Fichtestrasse, Flossplatz, Frankfurter Strasse 34—43, Friedrichstrasse, Fürstenstrasse, Gewandgässchen, Glockenstrasse, Härtelstrasse, Harkortstrasse, Hauptmannstrasse, Hohe Strasse, Jablonowskystrasse, Kaiser-Wilhelm-Strasse, Kochstrasse, Königsplatz, Körnerstrasse, Kohlenstrasse, Kronprinzstrasse, Kupfergässchen, Kurprinzstrasse, Leplaystrasse, Lessingstrasse, Lichtgrasse, Lessiger Strasse, Lützowstrasse, Magazingasse, Mahlmannstrasse, Marschnerstrasse, Mendelssohnstrasse, Moltkestrasse, Moschelesstrasse, Moritzstrasse, Mühlgasse, Münzgasse, Neumarkt, Nürnberger Strasse 23b bis 52, Obstmarkt, Peterskirchhof, Petersteinweg, Petersstrasse, Plagwitzer Strasse, An der Pleisse, Pleissengasse, Poniatowskystrasse, Preussergässchen, Promenadenstrasse, Rossplatz 1—11, Rudolfstrasse, Schenkendorfstrasse, Schillerstrasse, Schletterstrasse, Schleussiger Weg, Schlossgasse, Schrebergässchen, Schreberstrasse, Schulstrasse, Sebastian-Bach-Strasse, Seitenstrasse, Sidonienstrasse, Sophienstrasse, Sporergässchen, Sternwartenstrasse, Südstrasse, Teichstrasse, Thalstrasse 9b—29, Turnerstrasse, Ulrichsgasse, Universitätsstrasse, Webergasse, Weststrasse, Wiesenstrasse, Windmühlengasse, Windmühlenstrasse, Windmühlenweg, Zeitzer Strasse, Zimmerstrasse

gehören zur **„Zweiten Städtischen Fortbildungsschule für Knaben"** (im Gebäude der V. Bürgerschule, Schletterstrasse 15).

Alle Schüler aus den übrigen Strassen gehören der **„Ersten Städtischen Fortbildungsschule für Knaben"** (im Gebäude der III. Bürgerschule, Grimmaischer Steinweg 17/18) an.

Leipzig, den 19. Januar 1881. Dr. **Stoerl.**

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 21. Januar.

Die zehnte Wiederkehr des Tages, welcher die Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreichs uns brachte, hat vielen deutschen Zeitungsschreibern Gelegenheit und Anlaß gegeben, sich als recht schlimme Schwarzseher ihren Lesern vorzuführen. Aber so bestissen Grau in Grau zu malen, ist doch wohl nicht Aufgabe einer gerecht urtheilenden Tagespresse. Wir freuen uns daher aufrichtig, in der „Magdeburger Zeitung" einer Auffassung zu begegnen, welche die Errungenschaften des verflossenen Jahrzehnts nach Gebühr hervorhebt und das deutsche Volk auffordert, sich nicht einer Hoffnungslosigkeit hinzugeben, zu der wahrhaftig Grund und Veranlassung nicht vorliegt. Es heißt da u. A.:

Kein Decennium vergangener Zeiten möchte auf dem Gebiete der praktischen socialen Politik, der gemeinnützigen Pflege und Fürsorge so viel Errungenschaften ernster und treuer Arbeit aufzuweisen haben wie das jüngst vergangene. Es sind nicht immer neue Gedanken, von denen zu berichten ist, aber — was viel werthvoller — die Uebertragung und Einbürgerung bedeutender Ideen im praktischen Leben. Wohin wir blicken, gilt es sich, und manch' beachtenswerther Erfolg ist schon erreicht. Auf dem kleingewerblichen Gebiete, welches die Großindustrie zum Theil verschlungen, zum Theil erdrücken wollte, ist neues, frisches Leben erblüht. Die Kunst hat ihre verjüngende Kraft hier glänzend bewährt, aber auch die alten genossenschaftlichen Formen hat man den modernen Bedürfnissen anzupassen, die Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden immer ausgedehnter durch gewerbliche Schiedsgerichte geschlichtet, die Fortbildungsschule für die Lehrlinge erfreut sich immer allgemeinerer Aufnahme, ja man ist erfolgreich bemüht, da, wo sich altehrwürdige Bande zwischen Herren und Arbeiter nicht wieder schließen lassen, wo die Zeit unwiderruflich emancipirt hat, neue Einrichtungen zu erfinden, um den Abhängigen und Unselbstständigen für seine Mühe eine anregende und erfrischende Erholung zu verschaffen und damit zugleich die destructiven Einflüsse am wirksamsten zu bekämpfen. Die Bestrebungen auf dem Gebiete der freien Volksbildungspflege, die Beschaffung und Verbreitung guter Volksliteratur, die Anlage von Volks- und Schulbibliotheken hat in keinem Zeitabschnitt einen solchen Impuls empfangen und gegeben wie in dem eben abgelaufenen. Die Gründung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, der „Concordia", des Vereins von vorwiegend Arbeitgebern für das Wohl der arbeitenden Classe, und ähnlichen Genossenschaften fällt in das erste Jahrzehnt des neuen Reiches. Ideen zur Reformirung auf dem Gebiete der Armenpflege, welche vordem nur kümmerlich und vereinzelt hervortraten, haben sich immer nachdrücklicher und umfassender in der öffentlichen Meinung geltend zu machen gewußt und erfüllen das nackte Bein des nüchternen Gesetzes mit Fleisch und mit kräftigem Leben. Die Bedeutung der vorbeugenden Armenpflege, als Haupttheil der gesammten Thätigkeit, ist ohne Widerspruch anerkannt und wo der Gedanke noch nicht Wirklichkeit geworden, bemüht man sich, ihm dazu zu verhelfen. In die Allerärmsten, die sittlich Verwahrlosten und Gefallenen — aller Orten ist man sich der Pflicht ihnen gegenüber bewußt geworden und legt Hand ans Werk. Die Erfolge in der Verbesserung der Kranken- und Gesundheitspflege, in der Controle der Nahrungsmittel, der Beförderung des Sparsinnes, des Unterrichts- und Erziehungswesens — sie sind fast alle Erfolge der freien Privatthätigkeit, hervorgewachsen aus dem deutschen Bürgerthum, und sie gelten in erster Linie, zu allermeist dem Proletariat. Wir haben nur Einzelheiten herausgegriffen, um an dem Tage, an welchem Mancher nicht ohne Bekümmerniß Rückblick und Umschau halten wird, auch ein freudiges und hoffnungsvolleres Bild zu entrollen. Die Zeit ist schwer, aber sie ist nicht schlecht. Fahren wir fort, muthig, mit Ausdauer und ohne jede Selbstsucht; das schlichte Heldenthum ist nach dem großen nicht allein schön — nein, es ist auch siegesicher.

Ueber die kirchenpolitische Lage und den Feldzugsplan des Centrums spricht sich die „Nat.-Lib. Corr." folgendermaßen aus: Centrum und Curie haben zwei getrennte Wege eingeschlagen, um die stockende kirchenpolitische Frage wieder in Fluß zu bringen, und wie es scheint hat das Vorgehen des einen Factors nicht ganz die Billigung des andern. Der Papst will, wie jetzt auch die „Germania" (offenbar nicht mit freudiger Zustimmung) einräumt, den Versuch machen, einen wichtigen Paragraphen des neuesten Juligesetzes in praktische Wirksamkeit treten zu lassen, indem er in einzelnen bischöflichen Sprengeln — wohlbemerkt aber nur in solchen, die durch den Tod der Oberhirten, nicht durch Amtsentsetzung erledigt sind — die Wahlen von Capitels-Verwesern gestattet und damit eine regelmäßige Wiederaufnahme der bischöflichen Amtshandlungen, soweit es unter dem Widerstand gegen die Maigesetze thunlich ist, ermöglicht, unter der gewiß zutreffenden Voraussetzung, daß alsdann das Staatsministerium von seiner Befugniß, von der eidlichen Verpflichtung und andern Vorschriften zu entheben, Gebrauch macht. Während das Centrum das neue Kirchengesetz für absolut unwirksam zu bezeichnen pflegt, schlägt somit die Curie den praktischeren Weg ein, das von ihren parlamentarischen Stützen verworfene Gesetz darauf hin zu betrachten, ob sich nicht einzelne seiner Bestimmungen zu einer Milderung des Culturkampfes verwenden lassen. Hand in Hand mit diesen Bestrebungen geht der Versuch des Centrums, durch einen angeblich unverfänglichen Antrag die Grundlagen der kirchenpolitischen Gesetzgebung in einem ihrer allerwesentlichsten Bestandtheile zu zerstören. Daß das Centrum mit diesem Versuch scheitern wird, steht jetzt schon fest. Die conservativen Blätter, auch „Reichsbote" und „Kreuzztg.", haben sich gegen den Antrag erklärt; ebenso eine officiöse Stimme, welche beweist, daß die Regierung noch immer an der Auffassung festhält, welche der Cultusminister von Puttkamer im vorigen Monat vorgetragen, als er nachwies, daß der Antrag mit den Grundbestimmungen der Maigesetzgebung in schroffem Widerspruch stehe; auch im freckisinnischen und fortschrittlichen Lager, wo bekanntlich einige Neigung bestand, dem Antrag zuzustimmen, scheint man sich eines Besseren besonnen zu haben (?). Kurz, das Centrum wird nirgends oder doch nur ganz vereinzelt Unterstützung finden. Und doch hat die Partei sich ihres alten Grundsatzes wohl erinnert: wer Nichts zu bieten hat, kann auch Nichts fordern. Sie hält den Conservativen und der Regierung die Verständigung über die finanz- und steuerpolitischen Fragen als lockende Aussicht hin. Seine Bedenken gegen den Steuererlaß hat das Centrum bereits aufgegeben; durch seine Unterstützung ist der Antrag von Minnigerode der Majorität sicher. Und nicht genug damit, auch bezüglich des Verwendungsgesetzes bietet das Centrum schon recht deutlich seine Beihülfe an. Noch hat hierüber die Partei keinen Beschluß gefaßt, sagt die „Germania", indessen scheint sich doch die Stimmung zu Gunsten des Gesetzes in parlamentarischen Kreisen etwas verstärkt zu haben. In dieser Andeutung ist der Feldzugsplan der Partei klar genug ausgesprochen. Man darf gespannt sein, wie die bevorstehende Ablehnung des Windthorst'schen Antrags auf die „rein sachlichen" Erwägungen des Centrums in der Steuerfrage wirken wird. Bis jetzt sieht die Taktik des Centrums nicht nach einer siegreichen Operation aus, aber bei der gegenwärtigen Unberechenbarkeit aller Entscheidungen kann man sich überraschender parlamentarischer Beschlüsse stets versehen.

Das neue Unfallversicherungsgesetz findet, wie zu erwarten stand, auch viele Gegner. In einer Versammlung der Fortschrittspartei in Berlin wurde die Ansicht ausgesprochen, das neue Gesetz werde das bisher bestehende dadurch verschlechtern, daß in der Hauptsache die Lasten der Haftpflicht von den Arbeitgebern auf die Arbeiter und auf die Gesammtheit der Steuerzahler übertragen und der Ersatzanspruch des verunglückten Arbeiters geschmälert werde. Es heißt in einem Berichte der „N. A. Z." über diese Versammlung:

Die anwesenden Socialdemokraten entbielten sich der Abstimmung. Es ist wohl mit vollkommener Zuversicht zu erwarten, daß die Arbeiter sich dem doch das neue Institut, das ihnen geboten wird, genauer ansehen werden, als die Fortschrittspartei es gethan hat. Das neue Gesetz soll die Last der Haftpflicht auf die Arbeiter wälzen, dasselbe Gesetz, welches bestimmt, daß die Entschädigung bei allen Unfällen, gleichviel ob den Arbeiter eine Verschuldung trifft oder nicht eintritt, welches ferner bestimmt, daß jeder Arbeiter, dessen Jahreslohn nicht über 750 ℳ beträgt, zur Unfallversicherung auch nicht den geringsten Beitrag zu zahlen hat.

Die demokratische Berliner „Volkszeitung" vermißt den 16. Paragraphen des Gesetzentwurfes, welcher den Betriebsunternehmern die Befugniß gewährt, den Arbeitern die Prämienbeiträge, welche die Unternehmer für die Arbeiter auszulegen haben, auf den Lohn anzurechnen. Dieser Paragraph bezieht sich indeß lediglich auf Arbeiter, die mehr als 750 Mark Jahreslohn erhalten, weil diese nach dem Gesetzentwurf die Hälfte der Versicherungsprämie zu tragen haben. Die „Volkszeitung" sucht dagegen nachzuweisen, die Unternehmer sollten berechtigt werden, die zwei Drittel der Versicherungsprämie, welche sie für alle Arbeiter zu tragen haben, die 750 Mark und weniger Jahreslohn beziehen, auf diesen Jahreslohn anzurechnen. Nicht nur enthält das Gesetz davon kein Wort, die Unternehmer werden auch bei jedem Versuch, den Jahreslohn der Arbeiter um den künftig von den Unternehmern zu tragenden Prämienantheil zu schmälern, nothwendig scheitern. Die „Magdeburger Zeitung" kehrt sich gleichfalls gegen den Entwurf und macht sich dahin schlüssig, daß das Gesetz in seiner gegenwärtigen Gestalt undurchführbar ist, und daß es, wenn es wider Verhoffen durchgeführt werde, Allen, denen es nützen soll, Schaden brächte. Das Blatt schreibt dann wörtlich:

Unsere Meinung geht, um einen positiven Gegenvorschlag zu machen, von wie noch dem Erscheinen des Entwurfs dahin, daß eine Erweiterung des §. 2 des Haftpflichtgesetzes auf die im Entwurfe sehr richtig bezeichneten Betriebe genügen wird, um die vom Entwurf unternommene Reform durchzuführen. Hand in Hand mit dieser Erweiterung des §. 2 müßte eine Aenderung der Beweislast bei Unfällen in gefährlichen Betrieben, nach Maßgabe des §. 1 des Haftpflichtgesetzes, beschlossen und demgemäß in Zukunft dem Betriebsunternehmer der Beweis des Verschuldens des Verunglückten auferlegt werden, wie das im schweizerischen Haftpflichtgesetz schon heute Rechtens ist zu allseitiger, auch der Industriellen, Zufriedenheit. Endlich müßte das Verfahren in Haftpflichtsachen, und zwar in allen, dadurch abgekürzt werden, daß man dieselben als Administrativsachen behandelt und demgemäß mit vorläufiger Vollstreckbarkeit ausstattet. Gegen die fehlerhafte Einrichtung unserer Unfall-Versicherungsgesellschaften und das Risico eines so reformirten Haftpflichtgesetzes werden sich die Betriebsunternehmer, wie in anderen Staaten mit strenger Haftpflicht, alsbald durch Gründung einer genossenschaftlichen Unfallversicherung schützen. Der Staatshülfe bedürfen wir dazu nicht.

Wir glaubten im Interesse der Gerechtigkeit auch den Gegnern des Gesetzes das Wort geben zu müssen. Jedenfalls werden diese Kundgebungen dazu beitragen, die schwierige Frage zu klären und spruchreif zu machen.

Wie es scheint wird sich die preußische Regierung dem Antrag Windthorst gegenüber ablehnend verhalten. Wenigstens giebt sich die officiöse Presse die erdenklichste Mühe, die Verantwortlichkeit für den bestehenden Zustand der Centrumspartei zuzuschieben. Die „Provinzialcorrespondenz" nimmt heute das Wort zur Sache, ohne den Antrag einer Untersuchung zu unterziehen; dagegen enthält der betreffende Artikel die folgende bemerkenswerthe Stelle: „Warum richtet das Centrum seine Bitten nicht nach Rom, daß die bereits an den früheren Erzbischof Melchers ertheilte Erlaubniß der Anzeige der Geistlichen jetzt wahr gemacht und damit ein großer Theil der Maigesetzgebung und ihrer Folgen beseitigt werde. Das angebliche „Non possumus", die Unmöglichkeit eines Nachgebens der katholischen Kirche, ist längst durch den Papst selbst für hinfällig erklärt. Wenn Herr Windthorst daher, wie uns versichert wird, bei seinem Antrage keinen Hintergedanken, wenn er nur die Noth der Kirche und deren Abhülfe im Auge hat, so weiß er schon heute, wohin er seinen Antrag, seine dringenden Vorstellungen und Bitten zu richten hat." Die Centrumsleute werden diesen Wink wohl nicht mißverstehen, aber sicherlich Bedenken tragen, ihm zu befolgen.

Die Zusammensetzung des Volkswirthschaftsrathes stößt selbst in den Kreisen der Schutzzöllner auf Widerspruch. So schreibt die „Deutsche Volkswirthschaftliche Correspondenz": „Offenbar hat die Staatsregierung den Wunsch gehegt, den Volkswirthschaftsrath so zusammenzusetzen, daß möglichst alle volkswirthschaftlichen Richtungen und Parteien darin vertreten sind, und vielleicht ist sie in diesem Streben hie und da zu weit gegangen. Wir, die Anhänger der neuen Wirthschaftsreform, vermissen unter den Mitgliedern eine Anzahl von Freunden, die durch ihre reichen Lebenserfahrungen, durch den großen Umkreis ihrer nationalen und internationalen Geschäftsbeziehungen, sowie durch hervorragende Kenntnisse dem Volkswirthschaftsrath zur Zierde gereicht hätten." Vielleicht versieht das schutzzöllnerische Blatt unter diesen „Zierden" die Herren Wierberg, Schulze u. G. Wenn selbst die Schutzzöllner die Zusammensetzung des Volkswirthschaftsrathes anfechten, was bleibt dann den gar nicht vertretenen wirthschaftlichen Richtungen übrig? Ungetheilte Sympathien scheint das neue Institut wohl nirgends zu finden.

Die conservativ-klerikale Mehrheit in der Budgetcommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat einen für das Schulwesen sehr verhängnißvollen Beschluß gefaßt, welcher die Falk'sche Gesetzgebung bedenklich durchlöchert. Es geschah Dies durch die Einfügung des Vermerks, wonach Ersparnisse an dem für die Schulaufsicht im Hauptamt ausgeworfenen Fonds für die geistliche Schulaufsicht im Nebenamt verwendet werden können. Dadurch wäre der Verwaltung die Macht in die Hände gegeben, geistliche Schulinspectoren in größerer Menge als bisher zu verwenden, und Herr v. Puttkamer würde von dieser Befugniß gewiß einen ausgiebigen Gebrauch machen. Das Plenum wird hoffentlich diesen Beschluß der Commission nicht genehmigen.

In Berliner politischen Kreisen wird, im Zusammenhange mit der Publication des Bismarck'schen Briefwechsels, die Frage eifrig erwogen, ob es dem Finanzminister, Herrn Bitter, möglich sein werde, sich den Steuerprojecten des Reichskanzlers gegenüber im Amte zu behaupten. Man sagt, der Schlüssel zur Lage heißt ganz bestimmt: Die Stellung des Finanzministers hängt davon ab, ob er sich entschließen will, das Project des Monopols auf seine Schultern zu nehmen. Unter den Abgeordneten zog man bereits die Consequenzen der Lage. Für den Fall, daß Herr Bitter die Mitwirkung an der Durchführung des Tabak-Monopols versagen sollte, was sich allerdings noch nicht von heute auf morgen zu entscheiden braucht, so würde einem der Häupter der conservativen Partei, wahrscheinlich Herrn von Rauchhaupt, das Finanzportefeuille zufallen. Ob es sich bei dieser Nachricht um Mehr als um einen Fühler handelt, wird abzuwarten sein.

In die preußische Finanzpolitik wird baldigst Klarheit kommen. Das Schicksal des Steuererlasses ist in der Budgetcommission entschieden und damit auch für das Plenum des Abgeordnetenhauses. Der Antrag von Minnigerode, welcher im Wesentlichen in Uebereinstimmung mit dem Antrag Richter die dauernde gesetzliche Fixirung des vorgeschlagenen Steuererlasses bezweckt, ist unter Zustimmung der Regierung durch die Stimmen der Conservativen, des Centrums, der Fortschrittspartei und des einen Secessionisten gegen die Nationalliberalen und Freiconservativen angenommen worden. Eine seltsamere parlamentarische Majorität dürfte kaum je dagewesen sein, als die, die jetzt durch Centrum, Conservative und den „entschiedenen Liberalismus" gebildet worden. Wir meinen, der Fortschrittspartei und den Secessionisten wird es am schwersten fallen, ihren Entschluß zu rechtfertigen und ihre Haltung mit den so oft betonten guten Traditionen der altpreußischen Finanzpolitik in Einklang zu bringen. Herrn Eugen Richter und Herrn von Minnigerode sich über eine große finanzpolitische Maßregel verständigen zu sehen, ist ein befremdender Anblick, und es ist der Argwohn nicht abzuweisen, daß die Uebereinstimmung eigentlich nicht auf dem Gebiete der Finanzpolitik besteht, sondern auf dem der Wahltaktik. Daß zwischen diesem Steuererlaß und den neu zu fordernden Reichssteuern kein Zusammenhang besteht, daß die Zustimmung zu dem Antrag v. Minnigerode keine Verpflichtung in sich schließt, neues Reichssteuern zuzustimmen, ist freilich selbstverständlich und überdies von verschiedenen Seiten, namentlich auch vom Centrum hervorgehoben worden. Es wird sich jetzt zeigen müssen, ob die conservativ-klerikale Verständigung, von der sich wohl die Fortschrittspartei und die Secessionisten je eher je lieber losmachen werden, auch gegenüber dem neuen Verwendungsgesetz, dem angekündigten conservativen Steuerprogramm und später den Reichssteuerprojecten verhalten wird. Einige Störung wird jedenfalls der Antrag Windthorst verursachen.

In Baden gingen bisher die Conservativen und die Klerikalen einträchtig mit einander, besonders bei den Wahlen. Dieses Verhältniß wird möglicherweise durch den Windthorst'schen Antrag eine Trübung erfahren. Darauf deutet ein Ultimatum der Klerikalen an die Conservativen in dem „Badischen Beobachter" hin. Das ultramontane Blatt schreibt: „Sollte die conservative Partei in Preußen den Antrag Windthorst ablehnen, so dürfte dies wohl nicht ganz ohne nachtheilige Folgen für die Conservativen unseres Landes und besonders des Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal sein; auf eine energische Unterstützung des katholischen Volkes dürften sie dann kaum rechnen".

Der Eindruck, welchen die neuen Ministerernennungen und der Pairsschub in Oesterreich hervorgerufen haben, ist ein sehr tiefgehender. Fast alle Parteien stimmen darin überein, daß die Stellung des Grafen Taaffe sich einstweilen wesentlich befestigt habe, aber dennoch wagt Niemand den Cabinetschef zu vertheidigen, fast Alle grollen ihm mehr oder minder heftig an. Von den Czechen abgesehen, ist der Tiroler Graf ganz vereinsamt, er wird zu der Erkenntniß gekommen sein, daß es mitder Minister-Herrlichkeit „auch Nichts ist," wie seiner Zeit Fürst Bismarck sich zum Grafen Harry v. Arnim über seine eigene Stellung als Leiter des deutschen Staatswesens äußerte. Das Parlament ist bei seiner heutigen Zusammensetzung nicht im Stande den Grafen Taaffe zu stürzen, aber der cisleithanische Ministerpräsident hat einen Feind zu fürchten, der seine Stimme so lange erheben wird, bis sie vom Kaiser gehört wird — die öffentliche Meinung. Das Vertrauen der Deutschen in Oesterreich zu dem Grafen ist auf Null gesunken; alle Parteien derselben sind in die Opposition gedrängt. Selbst ein so gemäßigtes Blatt wie die (alte) „Presse" macht den Ministerpräsidenten für die ganze nunmehr geschaffene Lage verantwortlich. Auch das „Fremdenblatt", eines der verbreitetsten Blätter Wiens, verfolgt die Taaffe'schen Experimente mit wachsendem Mißtrauen und verurtheilt das Ministerium in der allerschärfsten Weise. Es beklagt die czechische Alleinherrschaft im Staate und die Opfer, welche ihr gebracht wurden. „Das sind nun allerdings", schreibt das Blatt, „Wahrnehmungen, die mit Besorgniß Jedermann erfüllen, welcher die Stabilität für eine Lebensbedingung des Staates hält und geheim wirkenden Kräften im parlamentarischen Leben keinerlei Geltung beimessen will. Die Chefs der drei Gruppen der Rechten stehen jedoch verborgen hinter den Coulissen, gleichsam als die drei Parzen, bemüht, die Lebensfäden der Minister zu durchschneiden, welche den Staat ihren Aspirationen nicht preisgeben wollen. Sie durchschneiden auch die Minister-Existenzen fleißig und energisch, und seit Langem fielen keine Minister so häufig, so schnell und fast geräuschlos, wie in der gegenwärtigen Zeit. Graf Taaffe versichert freilich, er wolle noch immer an dem Programm der Coalition festhalten, aber die Rechte denkt längst nicht daran, diesem Ideal nachzustreben. Im schrittweisen Kampfe will sie ein Parteicabinet der Rechten erzwingen und diesem Ziele kommt sie auch mit jedem Schritt näher. Sie bereitet emsig den Zeitpunct vor, an dem sie, jeder Scheu ledig, offen und ohne Hülle vor die Völker Oesterreichs treten könnte." Selbst die hochfeudale „Montagsrevue" kündigt dem Ministerium die Freundschaft. Sie weist darauf hin, daß sie den Grafen seit Jahresfrist unterstützt habe, nun aber nicht mehr in der Lage sei, dieses Ministerium zu unterstützen, nachdem es einen politisch und national pronocirten Charakter erhalten habe. Graf Taaffe mag vorsichtig sein; seine Getreuen fallen ab und die Lage, die er sich geschaffen hat, läßt sich mit dem einen Worte bezeichnen: „Feinde ringsum!"

Nach römischen Telegrammen plant Garibaldi einen Irredentisten-Putsch gegen Triest. Auch der „Kölnischen Zeitung" wird dies bestätigt. „Der Held von Mentana ist rücksichtslos genug — so schreibt man dem rheinischen Blatte aus Rom — Italien ein so gefahrvolles Wagniß auf den Hals zu laden, und es sind augenblicklich in Italien wie im Auslande geheime Subscriptionslisten für das Unternehmen im Umlauf. Indem ich Ihnen dies schreibe, bin ich mir wohl bewußt, eine Mittheilung in die Welt zu senden, in der manche eine Sensationsnachricht werden sehen wollen und die überdies fast selbstverständlich den Widerspruch Derjenigen herausfordern, deren Anschlägen die Enthüllung unbequem kommt. Diese Bedenken können indeß nicht bestimmend für mich sein, da ich auf Grund meiner Ermittlungen die Sache für ernsthaft, ihre Veröffentlichung also für pflichtgemäß halten muß." Wir haben unsern Lesern schon gestern den Brief mitgetheilt, in welchem Garibaldi bekennt, sich der Sache von Triest und Trient annehmen zu wollen. Ob das Ministerium stark genug sein wird, derartige Tollheiten zu verhindern, wird man abwarten müssen. Unverdächtig ist die Haltung Cairoli's keineswegs; sonst hätte der Irredentisten-Schwindel nicht diese Ausdehnung gewinnen können.

Die französischen Kammern haben am Donnerstag ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Es ist anzunehmen, daß bei der Präsidentenwahl für den Senat Leon Say und für die Deputirtenkammer Herr Gambetta wieder aus der Urne hervorgehen werden. Die Wahl des Letzteren besonders ist durch den Ausfall der Gemeindewahlen gesichert. Unter den Berathungsgegenständen ist der Bardoux'sche Antrag auf Wiedereinführung der Listenwahl in Departements an Stelle der jetzigen Arrondissementswahlen von besonderer Wichtigkeit. Die Legalisirung des Antrages wird von den Republikanern mit aller Macht erstrebt und findet selbst bei einzelnen Conservativen Beifall. Man verspricht sich bei den allgemeinen Wahlen glänzende Erfolge von dieser Wahlreform. Die Kammer wird außerdem beschäftigen: die Preßreform, das Project über die Verkürzung der Arbeitszeit in den Fabriken, das Project über die Militairpflicht der Seminaristen und mehrere andere Vorlagen. Auch den Senat erwarten wichtige Vorlagen. Zu interessanten Debatten wird die auswärtige Politik Veranlassung geben, denn das Barthelemy'sche Rundschreiben und die tunesische Frage werden sicherlich auf die Tagesordnung gesetzt werden. — Louis Blanc erhielt die Antwort des Ministers des Innern, betreffend die Ausweisung Cipriani's. Constans verweist auf die Antecedentien Cipriani's in Griechenland und Bulgarien und auf seine Verurtheilung wegen Theilnahme am Communeaufstand. In Neucaledonien sei er wegen Aufsässigkeit bestraft und eine zehnjährige polizeiliche Aufsicht über ihn verhängt worden. Ungeachtet dessen habe man ihn in Paris geduldet, bis er den Aufstand zu organisiren suchte, die Regierungsmitglieder mit Ermordung bedroht und die Polizei thätlich angegriffen habe. Aus diesen Gründen könne die Regierung nicht dem Wunsche Louis Blanc's willfahren, und müsse das Ausweisungsdecret aufrecht erhalten. Man will in Paris wissen, die äußerste Linke werde ihr bezügliches Interpellationsproject nicht aufrecht erhalten. Man darf die französische Regierung zu ihrer Festigkeit gegenüber dem Radicalismus beglückwünschen.

Das Project des Schiedsgerichtes ist nun allseitig